

Deutsche Geschichte

Reclam Sachbuch premium

Deutsche Geschichte

Herausgegeben von Ulrich Herrmann

Mit Beiträgen von
Ulf Dirlmeier
Andreas Gestrich
Ulrich Herrmann
Ernst Hinrichs
Konrad H. Jarausch
Christoph Kleßmann
Jürgen Reulecke

Reclam



Aktualisierte und ergänzte Ausgabe 2024

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 14446

1995, 2013, 2024 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,

Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

Umschlagabbildung: Mauerfall 1989 / Brandenburger Tor.

© Bundesregierung / Klaus Lehnartz

Kartenzeichnung: Theodor Schwarz (außer S. 541)

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck,

Bergerstraße 3–5, 86720 Nördlingen

Printed in Germany 2024

RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene Marken

der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-014446-6

Auch als E-Book erhältlich

www.reclam.de

Inhalt

Einleitung: Was ist »deutsche« Geschichte?

Von Ulrich Herrmann	9
-------------------------------	---

Früh- und Hochmittelalter (6.–13. Jahrhundert)

Von Ulf Dirlmeier

Epochenüberblick	21
Frühmittelalterliche Voraussetzungen der deutschen Geschichte (6.–9. Jahrhundert)	23
Das Hohe Mittelalter (10.–13. Jahrhundert)	34
Literaturhinweise	77

Spätmittelalter (Mitte 13. Jahrhundert bis Ende 15. Jahrhundert)

Von Ulf Dirlmeier

Epochenüberblick	81
Das Reich im Spätmittelalter: Die Rahmenbedingungen . . .	84
Vom Ende der Staufer zum Wahlkönigtum (Mitte 13. Jahr- hundert bis Mitte 14. Jahrhundert)	88
Neue Ansätze zur Gestaltung des Reiches seit Mitte des 14. Jahrhunderts	97
Literaturhinweise	111

Von der Reformation bis zum Westfälischen Frieden (Ende 15. Jahrhundert bis 1648)

Von Ernst Hinrichs

Epochenüberblick	115
Deutschland zu Beginn des 16. Jahrhunderts	118
Reformation und universale Kaiserpolitik Karls V.	136
Deutschland nach Augsburg und Trient: Das »konfessionelle Zeitalter«	163

Vorgeschichte und Geschichte des Dreißigjährigen Krieges . . .	170
Literaturhinweise	185

Vom Westfälischen Frieden bis zum Wiener Kongress (1648–1814)

Von Andreas Gestrich

Epochenüberblick	189
Das Reich am Ende des Dreißigjährigen Krieges	192
Das Reich in den europäischen Konflikten 1648–1740	208
Gesellschaft im Wandel: Kultur, Religion, Wirtschaft im 18. Jahrhundert	220
Das Ende des Alten Reiches	243
Literaturhinweise	264

Vom Wiener Kongress bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs (1814–1914)

Von Jürgen Reulecke

Epochenüberblick	267
Aufbrüche, Reaktionen und Reformen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts	270
Von der Revolution 1848/1849 zur Reichsgründung 1871 . .	288
Das Kaiserreich: Staat und Gesellschaft zwischen Modernisierung und Beharrung	308
Literaturhinweise	331

Vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs (1914–1945)

Von Jürgen Reulecke

Epochenüberblick	337
Vom Ersten Weltkrieg zur ersten deutschen Republik	339
Die Weimarer Republik: Aufstieg und Versagen eines »Experiments in Demokratie«	347
Die »Machtergreifung« und der Ausbau des NS-Regimes (1933–1939)	362

Der Zweite Weltkrieg: Epochenende oder Episode im 20. Jahrhundert?	377
Literaturhinweise	393

Teilung und Wiederherstellung der nationalen Einheit (1945–1990)

Von Christoph Kleßmann

Epochenüberblick	399
Überlebensstrategien – Die Zusammenbruchgesellschaft in den vier Besatzungszonen	401
»Kalter Krieg«, Teilung Deutschlands und doppelte Blockintegration	413
Der Mauerbau 1961 als Zäsur deutscher Nachkriegs- geschichte	428
»Wandel durch Annäherung« – Stabilisierung durch Abgrenzung: Deutschlandpolitik in Ost und West	433
Gesellschaftliche Entwicklungslinien in beiden deutschen Staaten	445
Der innere Zerfall des real existierenden Sozialismus und die Revolution in der DDR	466
Die alte und die neue Bundesrepublik	474
Literaturhinweise	477

Die neue Bundesrepublik. Von der Wiedervereinigung bis zur »Zeitenwende« (1990–2024)

Von Konrad H. Jarausch

Epochenüberblick	481
Vereinigung als Transformation	484
Reformstau und Globalisierung	499
Pragmatisches Krisenmanagement	513
Erneute Reformversuche	532
Umstrittene Perspektiven	537
Literaturhinweise	542

Verzeichnis der Karten	545
----------------------------------	-----

Personen- und Ortsregister	547
--------------------------------------	-----

Einleitung

Was ist »deutsche« Geschichte?

Von Ulrich Herrmann

Der vorliegende Band bietet eine »deutsche« Geschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Kann es das überhaupt geben – eine »deutsche« Geschichte?

Bevor man sich auf die Lektüre und Vergegenwärtigung einer »deutschen« Geschichte einlässt, erscheint es ratsam, sich zu vergewissern, was das eigentlich ist – »deutsche« Geschichte – oder was damit gemeint oder bezeichnet sein könnte; denn die Erzählung einer Vergangenheit und Gegenwart setzt die Konstruktion ihres Gegenstandes voraus. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten solcher (Re-) Konstruktionen – als Geschichte eines Volkes, einer Nation, eines Staates; der Ereignisse auf einem bestimmten Territorium; einer Kultur- und Sozialgeschichte. Es hängt von dem jeweiligen Gesichtspunkt und Blickwinkel ab, was dann jeweils als »deutsche« Geschichte in den Blick kommt.

Ist eine »deutsche« Geschichte, eine Geschichte »der Deutschen« als eines Volkes, denkbar? Wohl kaum; denn einigermaßen feststehende Grenzen eines Siedlungs-, Sprach- und Kulturraums dieser »Deutschen« über die Jahrhunderte hinweg bestanden nicht. »Die« Deutschen mögen sich – mehr oder minder – zusammengehörig gefühlt haben, über politische Grenzen hinweg, in abgesonderten Siedlungsgebieten von Auswanderern, bis hin nach Übersee. Aber deswegen hatten sie in der Regel keine gemeinsame Vergangenheit und keine gemeinsame Geschichte.

Gewiss, seit der Aufteilung des fränkischen Reiches

nach Karl dem Großen und dem Übergang der Herrschaft von den Franken auf die Sachsen trennten sich nach und nach – auch schon im Bewusstsein der Zeitgenossen – die Franken von den »Deutschen« jenseits, östlich des Rheins; man sprach vom *regnum teutonicum* (s. u. Dirlmeier S. 40 ff. u. ö.). Aber von einem »deutschen« Nationalbewusstsein konnte keine Rede sein, ebensowenig von einem territorial eindeutig identifizierbaren »deutschen« Staat. Das tritt erst im 11. Jahrhundert auf. Vielmehr sind »die Deutschen« Bestandteil eines »Reiches«, das von der Ostsee bis Sizilien reicht.

Dieses Heilige Römische Reich »deutscher Nation« – das sich im 15. Jahrhundert als Regierungsform ausbildete – endete erst 1806, als Franz II. die Kaiserkrone niederlegte. In diesem »Reich« waren »die Deutschen« weder als Staat noch als Nation organisiert, und innerhalb dieses Reiches hatten deutschsprachige Bevölkerungen politische Eigenständigkeit erringen können (z. B. die Niederländer und die Schweizer am Ende des Dreißigjährigen Krieges). Ja, innerhalb dieses Reichsverbandes führten zum Beispiel im 18. Jahrhundert Reichsfürsten – Preußen und Österreich – Kriege gegeneinander. Offensichtlich vermittelten weder die gemeinsame Sprache noch die Reichszugehörigkeit ein gemeinsames »National«-Bewusstsein und auch kein Selbstverständnis als »Deutsche«, etwa im Sinne einer Kulturnation. »Die Deutschen« waren damals im »politischen« Sinne keine Nation und kein Staat; sie lebten in »Deutschland«, ohne dass dessen Grenzen genau anzugeben gewesen wären; und sie waren im »kulturellen« Sinne kein Volk: konfessionell getrennt, landsmannschaftlich orientiert, lokal und regional organisiert in einer Vielzahl von Städten und Territorien. Schiller und Goethe formulierten diesen Sachverhalt in zwei berühmt gewordenen *Xenien* (Nr. 95 und 96):

Das Deutsche Reich

Deutschland? aber wo liegt es? Ich weiß das Land
nicht zu finden,
Wo das gelehrte beginnt, hört das politische auf.

Deutscher Nationalcharakter

Zur *Nation* euch zu bilden, ihr hoffet es, Deutsche,
vergebens;
Bildet, ihr könnt es, dafür freier zu Menschen euch aus.

Gleichwohl bestand das Bedürfnis im ausgehenden 18. Jahrhundert, so etwas wie »Nationalbewusstsein« auszubilden, dessen Anfänge man rückblickend durchaus mit der Reformation und der Entwicklung einer deutschen literarischen Hochsprache betrachten kann. Die Schaffung einer »National«-Literatur, die Gründung eines »National«-Theaters sind Belege für dieses Bedürfnis. Aber an eine national-»staatliche« Einheit war nicht zu denken (Langewiesche 2020).

Als im Gefolge der territorialen Neuordnung Europas und »Deutschlands« – zuerst durch Napoleon, dann durch den Wiener Kongress 1814 – Deutschland neu definiert wurde, verstand man darunter den Deutschen Bund (1815 bis 1866). Aber die »deutschen« Patrioten wollten mehr: die *staatliche* Einheit. Sie war das erklärte Ziel der Frankfurter Verfassungs-Versammlung in der Paulskirche 1848/1849. Die »kleindeutsche Lösung«, die Bismarck mit militärischen Mitteln erzwang, entfernte Österreich aus diesem »Deutschland«, das von 1871 bis 1945 die Bezeichnung »Deutsches Reich« annahm. Österreich hat nach dem Ersten Weltkrieg versucht, in das Deutsche Reich zurückzukehren; die Alliierten haben es untersagt. Der Österreicher Adolf Hitler betrachtete es als einen seiner Triumphe als deutscher Reichskanzler, dies im Jahre 1938 rückgängig gemacht zu haben.

Strenggenommen dürfte sich eine »deutsche« Geschichte zunächst nur auf den Zeitraum nach 1871 (bis 1945) beziehen: ein »Nationalstaat« einte – unter Preußens Führung – »die Deutschen«. Jetzt kam Deutschland als »Deutsches Reich« auch zu allen »nationalen« Symbolen und Attributen: Briefmarken und Geldscheine mit der »Germania«, Reichstag, Reichsregierung, Reichsgesetzgebung usw. – aber ohne »National«-Hymne. Die preußische »Nationalhymne« war *Heil dir im Siegerkranz*, vor 1866 galt als »deutsche« Nationalhymne eine Vertonung von Ernst Moritz Arndts *Was ist des deutschen Vaterland?*; dann setzte sich nach 1871 *Deutschland, Deutschland über alles* durch, als offizielle deutsche Nationalhymne seit 1922 – in der ersten deutschen Republik, ironischerweise unverändert auf die Melodie *Gott erhalte Franz den Kaiser*. Dabei blieb es, allerdings in der Bundesrepublik Deutschland – aus leicht verständlichen Gründen – nur mit dem Text der dritten Strophe. (Das war das Ergebnis fehlgeschlagener Versuche, die Bundespräsident Heuss angeregt hatte, eine neue Nationalhymne einzuführen.) Das Gedicht stammt von Hoffmann von Fallersleben, geschrieben 1841 im Vormärz als *Das Lied der Deutschen*, das heißt als Ausdruck der Hoffnung auf Volksherrschaft, auf bürgerliche Freiheitsrechte und als Appell für die Herbeiführung der nationalen politischen Einheit »Deutschlands« im Rahmen einer verfassungsmäßigen freiheitlichen Ordnung. Die Hoffnungen der Revolution von 1848 erfüllten sich nicht, und das kaiserliche imperialistische Deutschland besang dröhnend seine Sendung und (angebliche) Weltgeltung: »Deutschland, Deutschland über alles ...« – bis alles in Scherben fiel.

Eine »Nation« wird durch einen politischen Willen, eine nationale Idee, geformt. Das war – nach dem Vorbild der Franzosen – Preußens politisches Bewusstsein seit der napoleonischen Besatzung. Diesem »Nationalismus« musste der »Staat« sozusagen nachgeliefert werden. So

wurde denn auch im 19. Jahrhundert »deutsche« Geschichte verstanden und geschrieben: vom Aufstieg Preußens im 17. und 18. Jahrhundert über den Deutschen Bund zur Reichsgründung. »Deutsche« Geschichte war im wesentlichen Hinführung zum zweiten deutschen Kaiserreich. Es schien, als hätten Volk, Nation und Staat unter Preußens Führung in den Kriegen nach außen – gegen Dänemark, Österreich und Frankreich – und durch die Bekämpfung der Feinde im Innern – vor allem der Sozialisten und Katholiken – ihre Übereinstimmung gefunden. Die Reichsverfassung von 1871 sprach von »ganz Deutschland« als dem Insgesamt der Bundesstaaten; die Weimarer Verfassung berief sich in ihrer Präambel auf »Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu befestigen«.

Und was war mit Volk, Nation und Staat »der Deutschen« 1945 nach dem Ende dieses Deutschen Reiches? Die Österreicher entwickelten ein eigenes Bewusstsein als Staatsnation, und die Deutschen fanden sich in zwei Staaten wieder, ohne doch – wie sich 1989/1990 zeigte – das Zusammengehörigkeitsgefühl eines Volkes verloren zu haben. Die Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland von 1949 sprach von einer übergangsweisen staatlichen Ordnung für »das Deutsche Volk«, zugleich im Namen jener »Deutschen«, die daran nicht hatten mitwirken können, und schloss mit der Verpflichtung: »Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«. Übrigens sprach die erste Verfassung der DDR von 1949 in eben diesem Sinne ebenfalls vom »deutschen Volk« und von »Deutschland«.

Die deutsche Geschichte als eine Geschichte unklarer Grenzen und schließlich als eine Geschichte der Zweistaatlichkeit endete, infolge der Wende von 1989, mit dem

Moskauer Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 (BRD, DDR, Frankreich, UdSSR, UK, USA). Mit diesem Vertrag wurde das Recht der Deutschen auf Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes anerkannt, vor allem aber: die bestehenden Grenzen der BRD und der DDR sind die endgültigen Außengrenzen der neuen Bundesrepublik, die in Zukunft keinerlei Gebietsansprüche mehr erheben wird (Art. 1). Die Alliierten des Zweiten Weltkriegs beendeten ihre Rechte und Verantwortlichkeiten. »Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten« (Art. 7). Das war de facto der Ersatz für einen förmlichen Friedensvertrag.

Die zweite Gründung eines deutschen Nationalstaates am Ende des 20. Jahrhunderts beantwortet die Frage von Ernst Moritz Arndt »Was ist des Deutschen Vaterland?« zum ersten Mal in der deutschen Geschichte mit Zustimmung aller Deutschen und ihrer Nachbarn abschließend. Damit hat sich Deutschland von einem Unruheherd in der Mitte Europas zu einem Stabilitäts- und Integrationsfaktor gewandelt. Damit geht einher ein neues, an Frieden und kooperativer guter Nachbarschaft gebundenes Nationalbewusstsein, das identisch ist mit einer Zustimmung zur verfassungsmäßigen Ordnung der neuen »Berliner Republik«. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte hat ein deutscher Nationalstaat feste Grenzen, zustandegekommen mit der Zustimmung seiner Nachbarn, besonders der Polen.

Aus historischem Blickwinkel ist die deutsche Wiedervereinigung das Resultat einer langen Vorgeschichte – die Integrationspolitik Konrad Adenauers nach Westen, die Ostpolitik von Willy Brandt –, vorangetrieben durch den Helsinki-Prozess für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der mit dem Namen des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher verbunden ist. Ihm war es auch gelungen, die Figuration Zwei-plus-Vier herbeizuführen. Letztlich hat Michail Gorbatschow, damals Gene-

ralsekretär der KPdSU und Staatsoberhaupt der UdSSR, im Vertrauen auf die Politik der Regierung Kohl/Genscher den Weg zur deutschen Einheit freigemacht.

Mit dem Eintritt in das 21. Jahrhundert ergibt sich eine neue Lesart der deutschen Geschichte: nicht mehr entlang der Grenzenfrage, sondern im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses. Immer mehr Entscheidungen in wichtigen Politikbereichen fallen nicht mehr in Berlin, sondern in Brüssel und Straßburg. Aber die Kräfte der Zentralisierung wecken immer auch die Gegenkräfte der politischen und kulturellen Regionalisierung. Die neue Bundesrepublik muss sich nicht nach außen behaupten oder beweisen: ihre Hauptaufgabe ist die Vollendung der inneren Einheit und die Wahrnehmung einer Führungsrolle in Europa – ein neues Kapitel in der Geschichte der Deutschen.

Aber was heißt »innere Einheit«? Gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West, Nord und Süd? Die gab es auch in der alten Bundesrepublik nicht. Eine regionale »Normalverteilung« der parteipolitischen Optionen in der Bevölkerung? Dagegen sprechen die dauerhaften Wahlerfolge der CSU in Bayern und der AfD in Mitteldeutschland. Gleiche Zukunftschancen für junge Leute? Dagegen spricht die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den strukturschwachen Regionen im Osten.

Die Autoren dieses Bandes haben nicht das Ziel verfolgt, »die« deutsche Geschichte zu rekonstruieren und nachzuerzählen – was bei dem zur Verfügung stehenden Raum von vornherein aussichtslos sein musste –, sondern in das Verständnis der »Grundzüge« und »Grundstrukturen« in der jeweiligen Epoche deutscher Geschichte einzuführen. Die Gliederung orientiert sich deshalb an den Epochen der politischen Geschichte, in der Darstellung durchaus Bezug nehmend auf wichtige sozial- und kultur-, wirtschafts- und geistesgeschichtliche Aspekte. Die Epochendarstellungen können dabei im Prinzip nicht mehr liefern als die »Konstellationsanalysen« und die

»Strukturgeschichte« der jeweiligen Epoche. Das hat den Vorzug, dass die Triebkräfte und die Rahmenbedingungen des Geschehens vor allem an seinen »Scheidewegen« im Mittelpunkt stehen und die vergangene Gegenwart gestaltet wird zu dem, was erinnerte erzählte Vergangenheit sein soll: Geschichte als Einsicht in die Geschichtlichkeit der Gegenwart.

* * *

Die in diesem Buch vorgenommenen Epocheneinteilungen entsprechen den geläufigen der *politischen* Geschichte, die sich aus dem Wechsel von Dynastien, Revolutionen, territorialen Neuordnungen (nicht zuletzt als Folge von Kriegen oder Koalitionen, Staatenbildungen u. dgl.) oder anderen »Staatsumwälzungen« ergeben. Es gäbe auch andere epochale Einschnitte: z. B. die Erfindung des Buchdrucks und die »Medienrevolution« oder die Reformation und die Epoche der Konfessionalisierung bzw. der Glaubenskriege, die Erfindung der Motorantriebe, die Kernspaltung oder der Kunstdünger. Und schließlich gäbe es Umbrüche und Zäsuren, mit engen oder breiten Zeitstreifen, als Erfahrungs- und Ordnungs- oder als Deutungsزäsuren: »Zeitenwenden« (Martin Sabrow).

Eugen Rosenstock hat in seinem Buch *Die europäischen Revolutionen* (Jena 1931) ein ganzes Kaleidoskop entworfen bis hin zu einer »Weltmobilmachung«, heute sprechen wir von »Globalisierung«. Geschichtsschreibung bedarf der »Sehepunkte«, der »Fluchtpunkte«, sie kann nicht ausgeführt werden ohne perspektivisch gedachte Anfänge und daraus folgende Ereignisse, ohne Annahmen bzw. Nachweise von Ursachen und Folgen, ohne die Berücksichtigung in Systemen emergent auftretender Faktoren, nicht ohne plausible Argumente, um Beziehungen herzustellen, die auch nicht auf den zweiten Blick erkennbar sind. Und schließlich kann es angezeigt sein, einen Para-

digmenwechsel des Analysierens vorzunehmen: sei es von der politischen zur Kulturgeschichte, der Sozial- und Wirtschafts- zur Mentalitätsgeschichte usf. Dabei wird es immer aufschlussreiche Überschneidungen und Ergänzungen geben, wie auch die Beiträge dieses Bandes an einigen Stellen belegen.

Diese »Deutsche« Geschichte endet zu einem Zeitpunkt, der als »Zeitenwende« bezeichnet wird: durch den Überfall Russlands auf die Ukraine und das Ende der wirtschaftlichen West-Ost-Kooperationen in einer friedlichen Koexistenz. »Wandel durch Annäherung« gilt nicht mehr, innerhalb der EU erstarken zentrifugale Regierungen in Polen und Ungarn. Aber auch eine andere »Zeitenwende«, die sich seit drei oder vier Jahrzehnten angebahnt hat, verweist auf eine andere mögliche Sicht auf die deutsche Geschichte (Doering-Manteuffel 2019, Raphael 2019). Sie ergibt sich zum einen aus dem Wechsel des geschichtlichen *Referenzrahmens* – die Einbettung in einen Vergleich mit der Geschichte Westeuropas (hier Englands und Frankreichs) – und zum andern aus dem Wechsel des *Ordnungsrahmens* unserer Gesellschaftsordnung – von der Wohlstands- und Fortschrittsgeschichte der Bundesrepublik (bis in die 1990er Jahre) hin zu einem sozio-ökonomischen Wandel von »revolutionärer Qualität«. Dessen Merkmale sind: Unsicherheit der Altersversorgung (Renten, Pflege), zunehmende Berufstätigkeit von Frauen (mit den Folgen für die Versorgung der Kinder), Expansion des Bildungswesens (zunehmende Übertrittsquoten in den sekundären und tertiären Bereich), Neoliberalismus (Freiheit, »Ich-AG«), der digitale globale Finanzkapitalismus. Die damit einhergehende gewaltige Umverteilung des Volkseinkommens von unten nach oben, gepaart mit ökonomischen und Statusunsicherheiten breiter Bevölkerungskreise mit schwindender Aussicht auf Aufstieg und Wohlstand, werden als Widerruf des »Konsensweges« des Sozialstaats empfunden und führen zusammen mit neuen

Herausforderungen – Krise und Unterfinanzierung der Infrastruktur (von fehlenden Kitas bis zu maroden Eisenbahnen), Mangel an Fachkräften zur Aufrechterhaltung des zivilen Alltagsbetriebs, Klimawandel, Energieversorgung, Migration und Zuwanderung, Schrumpfen des Mittelstands u. a. m. – zur Schwächung unseres politischen Systems und bilden den Auftrieb für Politikverdrossenheit und Rechtsextremismus: als Ausdruck von Ängsten und Verunsicherungen, die nach »einfachen Antworten« verlangen. Hier zeigt sich – in allen großen westeuropäischen Staaten – eine politische Konstellation, die man als schleichenden »revolutionären Bruch« interpretieren kann, bis hin zu einem »Kipppunkt«, der eine neue Sicht auf die lange Vorgeschichte eröffnet: Wie konnte es dazu kommen? Dies würde in der Tat eine »andere« deutsche Geschichte als Vorgeschichte unserer Gegenwart bedeuten.

Editorische Notiz

Die vorliegende *Deutsche Geschichte* wurde für die Neuauflage 2024 durchgesehen. Das Textcorpus blieb bis auf kleine meist redaktionelle Retuschen unverändert; Konrad Jarausch hat seinen Beitrag bis zur Gegenwart fortgeführt. Die Literaturhinweise wurden aktualisiert, ältere Titel wurden durch neuere Veröffentlichungen ersetzt (vor allem aus den Reihenwerken der Verlage Beck, Klett, Oldenbourg, Propyläen, Reclam, Siedler, Vandenhoeck & Ruprecht). Die bibliographischen Angaben wurden (wie in früheren Ausgaben) gekürzt: keine Unter- und Reihentitel, keine Angaben zu früheren Auflagen/Ausgaben, Erscheinungsjahr nur der letzten Ausgabe eines Werkes). Verzichtet wurde auf den Nachweis von Online-Ausgaben bzw. E-Books, die in den aktuellen Datenbanken nachgewiesen (wenn auch häufig nicht allgemein zugäng-

lich) sind. In den Texten werden gelegentlich Autoren ohne nähere Angaben zitiert.

Für beratende Unterstützung sowie für die Durchsicht von Texten und für Ergänzungen der Literaturhinweise gilt der Dank den Herren Professoren Andreas Gestrich (Trier) sowie Benedikt Stuchtey und Eckart Conze (beide Marburg).

Literaturhinweise

Vorbemerkung

Forschungen und Darstellungen zur »deutschen« Geschichte zu den Themen Volk und Vaterland, Reich und Nation/Nationalstaat füllen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert eine mittlere Bibliothek. Einzelnachweise sind daher eher willkürlich. Eine nützliche Orientierung bieten Winkler 2000 (bes. Bd. 1, Kapitel 1 und 5) und Langewiesche 2008.

Conze, Werner: Die Deutsche Nation. Göttingen 1963.

Demandt, Alexander (Hrsg.): Deutschlands Grenzen in der Geschichte. München 1990.

Doering-Manteuffel, Anselm / Raphael, Lutz: Der Epochenbruch in den 1970er-Jahren. Thesen zur Phänomenologie und den Wirkungen des Strukturwandels »nach dem Boom«. In: A.D.-M.: Konturen von Ordnung. Berlin 2019. S. 424–442.

Langewiesche, Dieter: Reich, Nation und Staat in der jüngeren deutschen Geschichte. In: Historische Zeitschrift 254 (1992) S. 341–381.

- Reich, Nation, Föderation. Deutschland und Europa. München 2008.

- Vom vielstaatlichen Reich zum föderativen Bundesstaat. Stuttgart 2020.

Raphael, Lutz: Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom. Frankfurt a. M. 2019.

Sheehan, James J.: What is German History? Reflections on the Role of the Nation in German History and Historiography. In: Journal of Modern History 53 (1981) S. 1–23.

- German History 1770–1866. Oxford 1989.

Theorie der Geschichte. Beiträge zur Historik. 5 Bde. München 1977 ff. Bd. 1: Objektivität und Parteilichkeit. Bd. 2: Historische Prozesse. Bd. 3: Theorie und Erzählung in der Geschichte. Bd. 4: Formen der Geschichtsschreibung. Bd. 5: Historische Methode.

Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): Scheidewege der deutschen Geschichte. Von der Reformation bis zur Wende, 1517–1989. München 1995. (Beck'sche Reihe. 1123.)

Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. 2 Bde. München 2000.

Früh- und Hochmittelalter

(6.–13. Jahrhundert)

Von Ulf Dirlmeier

Epochenüberblick

Die Dreiteilung der europäischen Geschichte in Antike, Mittelalter und Neuzeit geht auf Christoph Cellarius (1638–1707) zurück und ist bedingt durch philologisch-ästhetische Wertungen und Deutungsschemata, wie sie sich seit dem 17. Jahrhundert entwickelt haben. Umstritten war und ist der Beginn der mittelalterlichen Periode im Auflösungsprozess des römischen Imperiums. Die Erklärungsmodelle reichen von der auf den Germaneneinfällen des 3. und der Völkerwanderung des 4. bis 6. Jahrhunderts aufbauenden »Katastrophentheorie« über die besonders von der Siedlungs-, der Wirtschafts- und Sozialgeschichte vorgetragene »Kontinuitätstheorie« bis hin zu dem modifizierten kultur- und wirtschaftshistorischen Kontinuitätsansatz des belgischen Historikers Henri Pirenne (1922/37): Pirenne ging – stark verkürzt – von einer seit der Antike ununterbrochenen Entwicklung aus, die erst im 8. Jahrhundert durch den Einbruch des Islam in die Mittelmeerwelt ihre entscheidende Zäsur erfahren habe. Wie dem auch sei: Man wird in Europa von einem das 6. und 8. Jahrhundert überspannenden Brückenzeitalter auszugehen haben, das nicht abrupt, sondern allmählich in die Zeitperiode übergeht, die wir als Mittelalter bezeichnen. Entscheidend war wohl nicht so sehr die Islamisierung des Mittelmeerraums als vielmehr die beginnende rechtliche, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Neuorientierung des

sich durch die Großreichsbildung der Karolinger formierenden Europas. Der gesamtgesellschaftliche Ablösungsprozess aus antiken Befindlichkeiten gestaltete sich dabei regional ganz unterschiedlich, ging etwa in Südfrankreich und Italien viel langsamer vonstatten als im nördlichen und östlichen Europa. Unübersahbar sind aber auch dort die massiven sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen vom 9. bis zum Beginn des 13. Jahrhunderts. Zu nennen sind die herrschaftliche Durchdringung des Landes, erkennbar beispielsweise an dem überwiegenden Verschwinden der Freien aus den überlieferten Quellen, die Verbesserungen in der vorherrschenden Wirtschaftsform, der Landwirtschaft, unter anderem durch das Vordringen der Dreifelderwirtschaft und ihrer zunehmenden Marktorientierung, der damit zusammenhängende Bevölkerungsanstieg besonders im 12. Jahrhundert sowie das Wiederaufblühen des Städtewesens mit all seinen Voraussetzungen wie Folgen: eine sich ständig intensivierende Handelstätigkeit, die Verdichtung kaufmännischen Kapitals in Handelsgesellschaften, unterschiedliche Spezialisierungs-, Diversifizierungs- und Konzentrationsprozesse in Handwerk und Gewerbe, ein zunehmendes Stadt-Land-Gefälle mit teilweise erheblichem demographischem und wirtschaftlichem Druck besonders auf stadtnahe Räume.

Aus dem in der Mitte des 9. Jahrhunderts einsetzenden und rund ein Jahrhundert dauernden Verfall des Karolingerreichs sind überregionale Großeinheiten entstanden, die sich ihrerseits in einem mehrere Generationen anhaltenden und bis ungefähr zur Mitte des 11. Jahrhunderts währenden Formierungsprozess zu eigenständigen *regna* ausbildeten. Die spätere Staatenwelt Europas hat im Hochmittelalter ihre Wurzeln. Das ostfränkisch-deutsche Reich ist Ergebnis dieses Zeitalters; es wurde geprägt durch die dauernde Rivalität großer Adelsverbände, die trotz der sich im Königtum ablösenden Großdynastien – Ottonen, Salier und Staufer – das Recht zur Wahl des

Königs behaupteten und bewahrten, welches Kern der Reichsverfassung bis zu ihrem Ende war. Das ostfränkisch-deutsche *regnum* erfuhr weitere entscheidend wichtige Ausformungen durch die Erneuerung des *imperium* unter Otto I. (936–972), durch die Herrschaft des seit dem späten 11. Jahrhundert so genannten römischen Königs über Reichsitalien und das Königreich Burgund (1032), durch die Entstehung einer feudalisierten Reichskirche, die sich freilich im Investiturstreit zumindest teilweise der unmittelbaren königlichen Kontrolle entzogen hat. Insbesondere die in hohem Maß politische wie religiös-ideologische Konfrontation von Papsttum und Kaisertum wurde wie die damit zusammenhängende Italienpolitik zu einem Kennzeichen deutscher Geschichte im Hochmittelalter mit weitreichenden innen- wie außenpolitisch belastenden Bezügen in das 14. und 15. Jahrhundert hinein.

Frühmittelalterliche Voraussetzungen der deutschen Geschichte (6.–9. Jahrhundert)

- 481–511 Chlodwig I., Frankenkönig.
- 498? Taufe Chlodwigs.
- 511 Reichsteilung unter Chlodwigs Söhne.
- 558–561 Chlothar I., Alleinherrscher über das Frankenreich.
- 656 Sog. Staatsstreich Grimoalds.
- 679–714 Pippin der Mittlere, Hausmeier von Austrien, regiert ab 687 das Gesamtreich.
- 714–741 Karl Martell, Hausmeier im Gesamtreich.
- 732 Sieg Karl Martells über die Araber bei Poitiers.
- 741–768 Pippin der Jüngere, Hausmeier von Neustrien, Burgund, der Provence, ab 751 König.
- 754 Vertrag Pippins mit Papst Stephan II.
- 768–814 Karl der Große, ab 771 Alleinherrscher, ab 800 Kaiser.

- 772 – etwa 800 Sachsenkriege.
 800 Kaiserkrönung Karls in Rom.
 813–840 Ludwig der Fromme, ab 813 Mitkaiser, ab 814 Alleinherrscher.
 817 Reichsteilungsplan (*Ordinatio Imperii*).
 831 Neuer Reichsteilungsplan.
 833 Niederlage Ludwigs gegen seine Söhne bei Colmar; Kirchenbuße des Kaisers.
 840 Beginn des Bruderkriegs zwischen Lothar I., Ludwig »dem Deutschen« und Karl dem Kahlen um die Aufteilung des Reichs.
-

Die Rahmenbedingungen

Die Voraussetzungen für gesellschaftliche und wirtschaftliche Neuansätze nach dem Ende der römischen Reichsstrukturen in Mitteleuropa (frühes 5. Jahrhundert) waren zunächst wenig günstig: der bereits in der Spätantike zu beobachtende Bevölkerungsrückgang setzte sich fort. Verstärkt durch die »Pest Justinians« (542), erreichte die demographische Entwicklung im 6. und 7. Jahrhundert ihren Tiefstand, bevor eine zögernde Erholung einsetzte.

Bevölkerungsentwicklung des frühen und hohen Mittelalters
 (geschätzte Werte, in Millionen)

Jahr	Europa gesamt	Mittel- und Westeuropa	Jahr	Europa gesamt	Mittel- und Westeuropa
500	27,5	9,0	1100	48,0	–
650	18,0	5,5	1150	50,0	–
700	27,0	–	1200	61,0	–
			1250	69,0	–
1000	38,5–42,0	12,0	1300	73,0	–
1050	46,0	–	1340	73,5–77,0	35,5

Der Bevölkerungsrückgang begünstigte einen allgemeinen wirtschaftlichen Schrumpfungsprozess, den Rückgang von Handel, Gewerbe und Geldumlauf. Dabei wurde der Zustand einer autarken Naturalwirtschaft aber nie erreicht, der Austausch von Wirtschaftsgütern hat keineswegs vollständig aufgehört.

Im dominierenden agrarischen Bereich – bis zu 90 % der mittelalterlichen Bevölkerung lebten auf dem Land bei natürlich beträchtlichen zeitlichen und regionalen Abweichungen – begann im 6. Jahrhundert offenbar eine Anpassung der Anbaumethoden an Klima- und Bodenbeschaffenheit des nordalpinen Raumes, erkennbar am Einsatz des hier besser geeigneten Räderpflugs mit eiserner Pflugschar und am langsamen Übergang zur Dreifelderwirtschaft. Die Ertragslage, besonders im Getreideanbau, blieb aber unbefriedigend. Man rechnet mit einem durchschnittlichen Saat-Ernte-Verhältnis von 1:2, das nur örtlich auf 1:12 ansteigen konnte. Diese bis in das Zeitalter der Industrialisierung nicht grundsätzlich behobene Strukturschwäche (im Spätmittelalter stiegen die Ernteerträge möglicherweise im Durchschnitt auf 1:5) war die Hauptursache für die Krisenanfälligkeit der vormodernen Ernährungswirtschaft.

Dennoch haben die bescheidenen, vielleicht auch durch ein frühmittelalterliches Klimaoptimum begünstigten agrarischen Produktivitätsfortschritte ausgereicht, um die wieder zunehmende Bevölkerung Europas zu ernähren. Um darüber hinaus Überschüsse zu erzielen, die einem im Hochmittelalter wachsenden Teil der Bevölkerung den Übergang in nichtagrarische Erwerbstätigkeiten möglich machten, musste der Getreideanbau in Mitteleuropa allerdings auch flächenmäßig ausgedehnt werden. Das führte zu einer frühmittelalterlichen Rodungstätigkeit, deren erste Ansätze im 7. Jahrhundert zu beobachten sind und die mit dem karolingischen Landesausbau (8. und beginnendes 9. Jahrhundert) deutlich zugenommen hat.